

## Taktik der Regierungskoalition

# Schweigen, Ausweichen, zum Schluß das Dementi

**Die Fehler der Vergangenheit — Inflation der Versprechungen und des Geldes — haben unseren Staat in die schwierigste Finanzlage seit der Währungsreform gebracht. Die Folgen sind beispiellose Defizite. Ein privates Unternehmen in gleicher Lage müßte den Gang zum Konkursrichter gehen. Das ist der Grund für die gegenwärtige Diskussion über Steuererhöhungen.**

**B**is heute gibt es keine Festlegung von Bundesfinanzminister Apel, nach 1975 die Steuern nicht zu erhöhen. Dieser Erklärung weicht er systematisch aus. Das gleiche gilt für den Bundeskanzler. Nur Männer des zweiten Gliedes, insbesondere Parlamentarier, die für die Regierung nicht verantwortlich sprechen können, stellen Steuererhöhungen in Abrede. Die FDP macht es sich besonders leicht. Sie bezieht sich auf die Stellungnahmen der Regierung, die ja nur für 1975 verbindlich abgegeben werden. **Fazit:** Die wahren Absichten über Steuererhöhungen für die Zeit nach 1975 werden verschleiert.

Was heute geschieht, ist nicht neu. Schon einmal hatte die sozial-liberale Koalition mit Blick auf Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen (1970) das Spiel mit nicht gehaltenen Versprechungen, Vertröstungen, Dementis usw. gespielt. Dabei verwandelten sich schließlich die 1969 in der Regierungserklärung versprochenen Steuersenkungen ab 1972 in Steuererhöhungen.

Die CDU/CSU-Fraktion hat sich immer gegen die Steuererhöhungspläne und Maßnahmen von SPD und FDP gewandt, die ausschließlich der Deckung der Inflationkosten im Staatshaushalt dienen. Sie hat vor einer Versprechenspolitik gewarnt, die unausweichlich zur Folge haben mußte, daß der Staat mit dem ihm vom Steuerzahler zur Verfügung gestellten Geld nicht auskommt. Gegen diese Politik kämpft die CDU/CSU-Fraktion **heute und in Zukunft.**

### **Dementi:**

In ihrer Regierungserklärung vom 17. Mai 1974 dementierte die Bundesregierung, die Mehrwertsteuer erhöhen zu wollen. Die Verantwortung hierfür schiebt sie Bundestag und Bundesrat zu. Sie erwähnt nicht die eigene Verantwortung für Sparsamkeit und auch nicht ihr Recht, Artikel 113 GG anzuwenden. Das Schwarze-Peter-Spiel begann bereits von einem Jahr.

**Bundeskanzler Helmut Schmidt** am 17. Mai 1974:

„Bundestag und Bundesrat haben es in der Hand, durch Verzicht auf ausgabenwirksame Gesetze und Verzicht auf Initiativen zu vermeiden, daß der Mehrwertsteuersatz erhöht werden müßte; denn das wäre möglicherweise zum Schluß die einzige Deckungsmöglichkeit für Einnahmelücken dieses Umfangs. Die Bundesregierung hat nicht die Absicht, die Mehrwertsteuer zu erhöhen.“

Alle Erklärungen Apels, auch die Dementierung der sogenannten „Geheimpläne“, weichen systematisch einem klaren „Nein“ gegenüber Steuererhöhungen aus. Lediglich für 1975 wird klar Stellung bezogen; für die Zeit danach, in der die katastrophalen Deckungslücken drohen, wird jedoch ausweichend orakelt.

### **Ausweichen:**

**Bundesfinanzminister Hans Apel:**

„1975 gibt es keine Steuererhöhungen, weil sie nicht in die konjunkturpolitische Landschaft passen. Das Haushaltsdefizit ist ohne Steuererhöhungen finanzierbar. Daß danach die Haushalte 1976, 1977 und folgende sehr schwierig werden, weiß ich. Dann werden wir schwere Entscheidungen zu treffen haben.“

(Quelle: Welt am Sonntag vom 22. Dezember 1974)

### **Dementi:**

**Parl. Geschäftsführer der SPD-Fraktion Porzner** zur Finanzierung des Defizits:

„Bundeskanzler Schmidt hat heute im Bundestag gesagt, wir wollen Wachstum und Stabilität, und dem dient die gesamte Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, und die ist abgestimmt mit der Bundesbank, und dabei wird es keine Steuererhöhungen geben.“ (Quelle: DFS, 11. Dezember 1974, 20.15 Uhr)

### **Ausweichen:**

**Bundesfinanzminister Hans Apel:**

„Also für 1975 ist alles klar. Was 1976 anbelangt, so gibt es folgende Fragen, die für mich offen sind:

**Erste Frage**, wir wissen nicht, wann die Konjunktur wieder anspringt, denn wenn sie anspringt, dann sprudeln natürlich die Steuerquellen wieder kräftig.

**Zweite Frage**, wir haben einen heftigen Streit mit allen Bundesländern, ob sie nun christdemokratisch regiert sind oder sozial-liberal, über das, was die Länder uns an ihrem Steuerkuchen abgeben müssen wegen der Steuerausfälle bei der Steuerreform. Bekomme ich alles das von den Bundesländern, auf das ich meine, Anspruch zu haben, sähe ich prima aus. Wenn ich nicht alles bekomme, sehe ich nicht ganz so schön aus.

**Dritte Frage**, ich werde einen kräftigen Streit haben mit meinen Kabinettskollegen. Ich will ihnen nämlich sehr viel weniger geben für 1976, als sie meinen haben zu sollen. Dieser Streit wird im Juni/Juli dieses Jahres ausgetragen. Mindestens diese drei Punkte führen mich dazu, daß ich im Moment sage, wenn ich mich

überall blendend durchsetze, dann kann ich den Haushalt 1976 blendend finanzieren. Und ich habe vor, mich durchzusetzen. Deshalb halte ich diese Debatte für närrisch, diese Steuererhöhungsdebatte.“ (*WDR-Mittagsmagazin am 27. 2. 1975*)

### **Dementi:**

#### **Parl. Geschäftsführer der SPD-Fraktion Porzner**

antwortet auf die Frage, wird die Mehrwertsteuer erhöht? „Nein. Es ist weder von der Regierung noch von der sozialdemokratischen Fraktion eine Erhöhung der Mehrwertsteuer geplant.“

*Bild:* Für welchen Zeitraum gilt die Zusage, die Mehrwertsteuer nicht zu erhöhen?

*Antwort:* „Das gilt für die Jahre, die man überblicken kann.“

*Bild:* Werden andere Steuern als die Mehrwertsteuer erhöht?

*Antwort:* „Auch das ist nicht beabsichtigt.“ (*Quelle: Bild-Zeitung vom 12. 2. 1975*)

### **Ausweichen:**

#### **Bundesfinanzminister Apel**

auf die Frage: *Dann werden Sie sagen können, Steuererhöhungen ja oder nein?*

#### **Antwort:**

„Dann werde ich sagen können, ob wir zusätzlich etwas tun müssen, um das Loch zu schließen, und was man tun kann. Aber es gibt im Moment für mich keine Annahme zu sagen, das wird so sein. Ich bin Optimist!“ (*DFS, 21. März 1975*)

### **Schein-Dementi:**

Dann folgt ein Dementi, das keines ist. Steuererhöhungsgesetze sind innerhalb kürzester Zeit auszufertigen, da in der Regel nur die Ziffern der Steuersätze ausgetauscht werden müssen, z. B. in § 12 UStG wird die Zahl 11 % ersetzt durch die Zahl 13 v. H. oder 15 v. H.

#### **Bundesfinanzminister Dr. Hans Apel:**

„Im Bundesfinanzministerium existieren keinerlei Pläne zu Steuererhöhungen. Anderslautende Behauptungen sind reine Spekulation und entbehren jeder konkreten Grundlage... Aus diesem Grunde sind alle Spekulationen über Steuererhöhungen völlig fehl am Platze und sinnlos.“ (*BMF — Pressemitteilung vom 15. April 1975*)

### **Erneutes Ausweichen am gleichen Tage:**

#### **Bundesfinanzminister Apel über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer:**

„Ich kann jetzt weder ja noch nein sagen. Das ist eine hochpolitische Frage.“ (*Quelle: Bild-Zeitung vom 15. April 1975*)

### **Schein-Dementis:**

Die FDP beruft sich auf die Bundesregierung. Da die Bundesregierung sich aber nicht endgültig festgelegt hat, trägt auch in diesem Falle der Anschein die FDP sei gegen Steuererhöhungen.

**Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnik** sagte, daß „Steuererhöhungen für die FDP auf überschaubare Zeit kein Diskussionsthema“ sind. (*fdk-Tagesdienst vom 15. April 1975*)

**Dr. Otto Graf Lambsdorff:**

„Ich gehe davon aus, daß die Bundesregierung nach ihren mehrmaligen, sehr deutlichen Festlegungen durch den Bundeskanzler und seinen Finanzminister in dieser Legislaturperiode keine Steuererhöhungen mehr durchführen kann. Der Verzicht auf eine Steuererhöhung ist so nachdrücklich erklärt worden, daß ich jetzt eine andere Haltung für politisch unmöglich ansehen muß. Die FDP-Bundestagsfraktion jedenfalls unterstellt nicht mehr die Möglichkeit einer Steuererhöhung bereits in dieser Legislaturperiode.“ (*Handelsblatt vom 18. März 1975*)

Zu einem unschädlichen Zeitpunkt, nämlich unmittelbar vor der Wahl in NRW, wird scheinbar die Wahrheit ans Licht gelassen, um sich gegen das Argument „Wählertäuschung“ ein Alibi zu verschaffen.

**Bundeskanzler Schmidt** (NRZ vom 3. 5. 1975):

„Ich habe gesagt, konjunkturpolitisch (!) wäre es falsch, gegenwärtig Steuern zu erhöhen . . . Sollte der Aufschwung sehr schnell stattfinden und sollten wir — was ich nicht glaube — 1976 in einen ähnlichen Boom wie '73 kommen, dann wären wir schon aus volkswirtschaftlichen Gründen gezwungen, gewisse Steuererhöhungen zu erwägen, zum Beispiel solche Zuschläge, wie ich sie eben erwähnt habe.“

„Das hängt von vielen Entwicklungen ab, die man im einzelnen noch nicht genau einschätzen kann, unter anderem davon, ob die Länder bereit sind, dem Bund einen fairen Anteil vom Steueraufkommen zu geben.“ (*Express vom 26. 4. 1975*)

**Frage an den SPD-Vorsitzenden Brandt:** „Wird die Diskussion über Erhöhung der Mehrwertsteuer für Sie erst im Dezember 1976 relevant?“:

**Antwort:** „Nein, nach der Sommerpause 1975, wenn unsere Regierung uns und den anderen mündigen Bürgern unseres Landes sagt, was sie für den Haushalt 1976 vorhat. Der Bundeskanzler und ich sind uns einig, daß es erstens unfair und zweitens politisch nicht vernünftig wäre, sich über eine Bundestagswahl hinwegzulegen zu wollen, wo es um solche ernste Fragen wie die der staatlichen Finanzen geht. Das muß Ende dieses Jahres offen und ehrlich auf Grund der Situation von der Bundesregierung gesagt werden.“ (*WIRTSCHAFTSWOCHE vom 28. April 1975*)

**Auch Ausgabeneinschränkungen drohen**

**Parl. Staatssekretär im BMF R. Offergeld:** . . . Man müsse auch die Frage stellen, „wo staatliche Hilfe entbehrlich ist.“ (*Quelle: Kölnische Rundschau vom 6. 5. 1975*)

**Ergebnis:** Nach 5½ Jahren SPD/FDP-Regierungstätigkeit stehen wir vor Ausgabenkürzungen und neuen Steuererhöhungen. Die Bonner Reformen sind end-

gültig am fehlenden Geld gescheitert. Die Wähler vom 4. Mai 1975 in NRW und Saarland sind über die wirkliche Lage hinweggetäuscht worden.

## Stimmen der Sachverständigen

„In der Tat sind die Haushalte in eine recht prekäre Situation geraten . . . Ohne drastische Eingriffe — Steuererhöhungen und Ausgabensenkungen — laufen die Gebietskörperschaften in den kommenden Jahren auf nicht mehr vertretbare Defizite zu . . . Deshalb ist eine gründliche Überprüfung und durchgreifende Reform der öffentlichen Aufgaben und der zu ihrer Finanzierung erforderlichen Ausgaben unerlässlich. Darüber hinaus wird auf Steuererhöhungen nicht verzichtet werden können.“ (Quelle: DIW — Wochenbericht vom 6. März 1975)

### Rheinisch-westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

„Höhere Steuern sind kaum vermeidbar. Je länger es dauert, desto drastischer wird es . . . Staat und Wirtschaft müßten um Kredite wetteifern, der Zins würde wieder steigen, und die gerade durch Subventionen angeregte Investitionsneigung würde beeinträchtigt . . . Als Ausweg zur Verringerung der Defizite bleiben also nur Steuererhöhungen.“ (Quelle: RWI — Handelsblatt vom 16. April 1975)

### IFO — Institut für Wirtschaftsforschung, Professor Dr. Hettlage

„Schon das Jahr 1975 ist für den Staat finanziell besonders schwierig, die große Finanzkrise droht aber 1976.“

„. . . der Ausweg kann nur darin bestehen, daß man die Schere von beiden Seiten zu schließen versucht. Das heißt: Die Ausgaben der öffentlichen Hände müssen drastisch reduziert werden. Das wird aber nicht ausreichen. Die bitterste Pille kommt erst. Steuererhöhungen vom 1. Januar 1976 an halte ich für unvermeidlich.“

„. . . für eine Erhöhung kommt nur die Mehrwertsteuer in Betracht, und zwar etwa um 2 % auf 13 %. Das brächte etwa 10 Mrd. DM.“ (Bild vom 6. 4. 1975)

### Steuerbeamte

Mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um vier Prozent bis zum Frühjahr 1977 ist nach Ansicht von Hermann Fredersdorf, dem Vorsitzenden des Bundes Deutscher Steuerbeamten, zu rechnen. Die punktuelle Verschuldung des Staates und seine Verpflichtungen seien zu hoch, um die Steuererhöhungen auf die lange Bank zu schieben. Die Möglichkeit, Steuererhöhungen ohne Einschränkungen der sozialen Verpflichtungen des Staates zu erreichen, ist zwar denkbar, aber kurzfristig nicht realisierbar. (Quelle: Handelsblatt vom 17. April 1975)

## Ein Blick zurück von 1969 bis 1972

### Phase 1: Steuersenkungen versprochen — nicht gehalten

Bundeskanzler Brandt in seiner Regierungserklärung am 28. 10. 1969: „Ab 1. Ja-

nuar 1970 wird der Arbeitnehmerfreibetrag verdoppelt und die Ergänzungsabgabe stufenweise bis 31. Dezember 1970 abgebaut. (Entlastung 2,1 Mrd. DM jährlich.)“

Am 5. Juni 1970, 9 Tage vor der Wahl zum nordrhein-westfälischen Landtag am 14. Juni 1970, stimmte die sozial-liberale Koalition im Finanzausschuß des Bundestages einem entsprechenden Gesetzentwurf zu. Aber 5 Tage nach dieser Wahl beschloß der Bundestag am 19. Juni mit den Stimmen der Regierungskoalition die Absetzung dieses Gesetzes von der Tagesordnung. Damit war die Ankündigung der Regierungserklärung, die Steuern zu senken, endgültig begraben.

## Phase 2: Keine Steuererhöhungen

Dementis der Bundesregierung Ende 1970 und 1971 über Steuererhöhungen, als sich die überzogenen Reformpläne der Regierung Brandt als nicht finanzierbar erwiesen.

**Bundesfinanzminister Alex Möller:** „Wir denken nicht an Steuererhöhungen.“  
(Quelle: *Neue Rhein-Zeitung* vom 5. September 1970)

**Bundeswirtschaftsminister Prof. Schiller:** „Es wird im Jahre 1971 keine Steuererhöhungen geben.“ (Pressekonferenz vom 21. Januar 1971)

**Bundeskanzler Brandt** im Deutschen Bundestag: „Die Regierung hat erklärt, daß für 1971 Steuererhöhungen überhaupt nicht zur Debatte stehen.“ (2. Februar 1971)

## Phase 3: Steuererhöhungen

Der Steuerzahler wurde 1972 zur Kasse gebeten (trotz Konjunkturzuschlägen von 1970 und 1973 und den heimlichen, progressionsbedingten Steuererhöhungen in Milliardenhöhe):

a) 1972 Steuererhöhung auf Branntwein, Benzin und Dieseltreibstoff sowie Tabak (Mehreinnahmen rd. 4 Mrd. DM jährlich).

b) 1973 erneute Erhöhung der Steuern auf Benzin und Dieseltreibstoff und Verlegung der Zahlungsfristen bei der Mineralöl- und Branntweinsteuer (Mehreinnahmen 2 Mrd. DM).

c) 1974 Beseitigung des Schuldzinsenabzugs für Privatkredite, z. B. für Abzahlungskredite als Sonderausgaben (Mehreinnahmen 750 Mio. DM).

# Tief hinein in die Überschuldung

Die Defizite wachsen immer bedrohlicher an. Daraus ergibt sich, weshalb einer klaren Stellungnahme zu Steuererhöhungen ausgewichen wird.

## I. Haushalt

### 1. Inanspruchnahme von Schulden zur Haushaltsfinanzierung gem. Planung

1.1 Neuverschuldung (Nettokreditaufnahme) lt. Haushaltsplan 22,8 Mrd. DM

1.2 Zwangskreditaufnahme bei <b>Rentenversicherung</b> (gestundete Bundeszuschüsse)	2,5 Mrd. DM
1.3 Inanspruchnahme der stillgelegten Mittel aus der <b>Stabilitätsanleihe 1973</b>	<u>2,3 Mrd. DM</u>
zusammen	<u>27,6 Mrd. DM</u>

**2. Zusätzliche, im Haushalt 1975 unberücksichtigte Risiken**

2.1 Bundesanteil an der Mehrwertsteuer auf Grund <b>Revisionsklausel</b>	
— Forderung des Bundes	5,3 Mrd. DM
— Angebot der Länder	<u>1,3 Mrd. DM</u>
Risiko bis zu (Obergrenze)	4,0 Mrd. DM

2.2 Bundeszuschüsse an **Arbeitslosenversicherung** Ansatz im Haushalt 1975 3,2 Mrd. DM  
 Zugrundegelegte Annahme im Jahresdurchschnitt 1975: 730 000 Arbeitslose (= Arbeitslosenquote von rd. 3 %) — 400 000 Kurzarbeiter — 110 000 Empfänger von Unterhaltsgeld.

Mehrbelastung der Bundesanstalt für je 10 000 Arbeitslose (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Beitragsmindereinnahmen, Personalkosten) in 1975 = 77 Mio. DM

Mehrbelastung des Etats bei jahresdurchschnittlicher Arbeitslosenzahl von 900 000 (Schätzung der Konjunkturforschungsinstitute) = 1,3 Mrd. DM

**2.3 Steuerausfälle**

Die für 1975 veranschlagten Steuereinnahmen (Neuschätzung März) gehen von den Annahmen des Jahreswirtschaftsberichtes aus (nominales Wachstum des Brutto-sozialprodukts 8½ v. H. und reales Wachstum 2 v. H.). Die Konjunkturforschungsinstitute erwarten in ihrem Frühjahrsgutachten jedoch nur noch 0—1 v. H. reales und 7—8 v. H. nominales Wachstum. Jedes Prozent, um das das Bruttosozialprodukt geringer wächst, als bei der Steuerschätzung angenommen, bedeutet für den **Bund** zusätzliche Steuerausfälle von — sehr grob geschätzt — 1,5 Mrd. DM. (Haehser im BT am 29. Januar 1975)

**2.4 Bundesbahn**

Die Bundesbahn erwartet 1975 3,8 Mrd. DM Verlust. Im Bundeshaushalt stehen dafür Liquiditätshilfen von nur rd. 1,9 Mrd. DM bereit. 1,9 Mrd. DM bleiben somit ungedeckt.

Ungedeckter Verlustvortrag der Bundesbahn Ende 1974	2,4 Mrd. DM
Ungedeckter Verlustvortrag 1975	<u>1,9 Mrd. DM</u>
somit ungedeckter Verlustvortrag Ende 1975	4,3 Mrd. DM

Zum Jahreswechsel 1972/73 hielt die Bundesregierung eine überplanmäßige Liquiditätszuwendung an die Bundesbahn von 1,35 Mrd. DM für unabweisbar, „um den nicht mit Liquiditätshilfen des Bundes gedeckten Verlustvortrag von rd. 1,9 Milliarden DM nicht noch weiter anwachsen zu lassen“.

(Quelle: BT-Drs. 7/1658)

## II. Ausblick auf die Entwicklung der Bundesfinanzen 1976

1. Neuverschuldung 1976 gem. Finanzplan der Bundesregierung vom 4. Juli 1974 (BT-Dr. 7/2503) 19,0 Mrd. DM

2. Aus heutiger Sicht **beziehbare zwangsläufige Mehrbelastungen**

2.1 **Steuerausfälle** des Bundes wegen Verringerung der Schätzung für das Basisjahr 1975 (dem Finanzplan liegt noch die alte, längst überholte Schätzung vom Juni 1974 zugrunde) 8,0 Mrd. DM

2.2 Steuerausfälle 1976 durch **Investitionszulage** (nur Bundesanteil) 2,0 Mrd. DM

2.3 Defizit der **Arbeitslosenversicherung** gem. Bundesrechnungshof (Vorlage an den Haushaltsausschuß vom 13. Februar 1975) 4,0 Mrd. DM

zusammen 33,0 Mrd. DM

3. **Noch nicht beziehbare Risiken**

3.1 Zusätzliche **Steuerausfälle** (da selbst Märzschätzung '75 zu optimistisch)

3.2 Bundesanteil an der **Mehrwertsteuer** für 1976

Forderung des Bundes

7,1 Mrd. DM

Angebot der Länder

2,3 Mrd. DM

Unterschiedsbetrag

4,8 Mrd. DM

3.3 Die Anforderungen der **Bundesbahn** für 1976 liegen 1,3 Mrd. DM über den Ansätzen des Finanzplans.

3.4 Bei der **EG** ergeben sich vielleicht höhere Ausgaben für den Regionalfonds.

3.5 Bei der **Bundespost** steigen die Verlustrückträge von Jahr zu Jahr.

3.6 Der **Schuldendienst** erhöht sich infolge höherer Kreditaufnahmen.

## III. Zur Wertung der Verschuldensbeträge

1. In den 20 Jahren von 1950 bis 1969 belief sich die Verschuldung des Bundes zur Haushaltsfinanzierung auf **zusammen** 14,3 Mrd. DM

Die im Haushaltsplan ausgewiesene Neuverschuldung für 1975 von 22,8 Mrd. DM beläuft sich auf das 1½fache der Bundesverschuldung von 1950 bis 1969.

2. Art. 115 Abs. 1 Satz 2 des GG bestimmt:

„Die Einnahmen aus Krediten dürfen die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten; Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.“

3. Investive Ausgaben des Bundes im Haushaltsplan 1975

— einschl. Darlehen an Arbeitslosenversicherung 25,8 Mrd. DM

— ohne Darlehen an die Bundesanstalt für Arbeit 23,3 Mrd. DM

In beiden Zahlen ist die globale Minderausgabe von 0,7 Mio. DM nicht berücksichtigt, die weitgehend bei den rechtlich nicht gebundenen investiven Ausgaben erwirtschaftet werden muß.

4. Nach dem Finanzplan betragen die investiven Ausgaben 1976 23,5 Mrd. DM